Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1900. Girokonto: Riesa Nr. 32.

№ 50. Montag, 29. Februar 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Kampf um die Präsidentschaft.

Hitler an Hindenburg.

Der nationalsozialistische Führer verlangt Ritterlichkeit im Wahlkampf.

Berlin, 29. Februar.

Adolf Hitler hat an den Reichspräsidenten einen Brief gerichtet, in dem er zunächst auf zwei Stellen des Wahlaufrufes der Sozialdemokratischen Partei vom 27. Februar verweist, in denen eine etwaige Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten gleichgesetzt wird mit Chaos in Deutschland und ganz Europa und Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse usw.

Hierzu schreibt Hitler: „Ich weise den Versuch, mit diesen Methoden das Ausland gegen die freie politische Meinungsentschiedenheit der deutschen Nation unter Bezugnahme auf Ihren Namen mobilmachen zu wollen, entrüstet zurück. **Ich habe in meinen Aeußerungen Ausländern gegenüber nie unterlassen, darauf hinzuweisen, daß jede bisherige deutsche Regierung von wahrhafter und aufrichtiger Friedensliebe beseelt gewesen ist. Versuche, eine unbequeme deutsche Bewegung vor dem Ausland als Unruhestifterin hinzustellen, werde ich, wenn sie unter Hereinbeziehung Ihres Namens, Herr Reichspräsident, erfolgen und nicht zurückgewiesen werden, von jetzt ab persönlich in der geeigneten Weise abzuwehren wissen."**

Weiter sagt Hitler zu den Aeußerungen des sozialdemokratischen Aufrufes, daß seit Jahren von Pressefreiheit in Deutschland nicht die Rede sein könne und daß gerade in diesen Tagen der Wahl, der Wahlvorbereitungen und des Wahlkampfes die verfassungsmäßig garantierte Wahlfreiheit und Freiheit der Wahlpropaganda auf das schonungsloseste unterdrückt werde.

In einem dritten Punkt verweist Hitler darauf, daß der Preußische Innenminister Severing den preußischen Ober- und Regierungspräsidenten und anderen preußischen höheren Beamten die Nationalsozialistische Partei als staatsfeindlich hingestellt haben soll und erklärt, daß er in diesem Vorgehen einen unzulässigen Druck auf die preußische Verwaltung sehe, ihren Einfluß in einem die Wahl für die Nationalsozialistische Partei ungünstigen Sinn geltend zu machen.

Unter Beziehung auf den Wunsch des Reichspräsidenten, daß dieser Wahlkampf in ritterlicher Weise geführt werde, betont Hitler, daß Reichsinnenminister Groener in einer amtlichen Erklärung dem Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels eine sinnentstellte Aeußerung zugeschrieben habe, die nach dem amtlichen Reichstagsprotokoll nicht gefallen sei, und daß der Reichsinnenminister trotz erfolgter Aufklärung seinen schweren Vorwurf nicht zurückgezogen habe. Vielmehr sei die Nationalsozialistische Partei gezwungen worden, die objektiv unrichtige, vom Innenminister verbreitete Wiedergabe dieser Stelle in ihrer eigenen Presse zum Abdruck zu bringen.

Hitler kommt dann auf die Aeußerung zu sprechen, er sei österreichischer Deserteur gewesen und hätte deshalb seine Staatsangehörigkeit verloren. Er verweist darauf, daß er schon im Februar 1914 überhaupt nicht mehr eine österreichische Heeresverpflichtung gehabt habe und mithin aus freiem Willen und nur aus nationaler Begeisterung bei Kriegsausbruch in die deutsche Armee eingetreten sei, in der er dann über fünfeinhalb Jahre zu dienen die Ehre hatte.

Der Brief schließt mit einem Appell an den Reichspräsidenten, in diesem Kampf die Prinzipien der Ritterlichkeit wiederherzustellen.

„Aufbau oder Chaos".

Finanzminister Dietrich zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 29. Februar.

Reichsfinanzminister Dietrich sprach auf einer öffentlichen Kundgebung der Deutschen Staatspartei über das Thema „Reichspräsidentenwahl, Aufbau oder Chaos". Der Minister führte u. a. aus:

Der 13. März wird ein Schicksalstag werden für das deutsche Volk. Das Deutsche Reich hat Glück gehabt mit seinen bisherigen Präsidenten. Nicht eine einzige unkluge oder gefährliche Rede ist von ihnen in den zwölf Jahren gehalten worden. Der ehrwürdige, charaktervolle, in Deutschland und außerhalb Deutschlands hochgeachtete Reichspräsident von Hindenburg soll beseitigt werden, weil er seinen Eid gehalten, die Verfassung geschützt hat und man ihm deswegen vorwirft, er habe das System des 9. November verteidigt.

Der Minister wies in eindringlichen Ausführungen darauf hin, daß die heutigen Schwierigkeiten **nicht im System** begründet seien, sondern auf der **Tatsache des verlorenen Krieges** beruhten, die niemand ungeschehen machen kann und dessen Auswirkungen in der ganzen Welt noch unübersehbar sind.

Die innere Wirtschaft, führte der Minister weiter aus, ist aufgebaut auf einem ungeheuren **Kredit von über 20 Milliarden,** den uns das Ausland gegeben hat. In dem Augenblick, in dem die Zufuhr von einigen Milliarden an Geld aufhörte und statt dessen die Verzinsung und Tilgung der aufgenommenen Schulden einsetzte, war die **Scheinblüte zu Ende.** Wir sind angewiesen auf das, was wir selbst haben und selbst erarbeiten. Mit einer **Inflation,** die die Regierung nie und nimmer mitmachen wird, kann man eine vorübergehende Belebung herbeiführen, nach der aber das völlige Ende der deutschen Wirtschaft und der deutschen Macht als notwendige Folge eintreten wird.

Die eigentlichen **Betriebsausgaben** des Reiches sind heute nicht höher als vor dem Kriege. Der Grund der ungeheuren Steuern liegt nicht in diesen Betriebsausgaben, sondern zunächst in den Folgen des verlorenen Krieges, wofür an Pensionen, Renten und Zinsen fast ebensoviel aufzuwenden ist wie für den gesamten Reichsaufwand. Er liegt in den Kosten der ungeheuren **Arbeitslosigkeit,** die sich auf 8,3 Milliarden belaufen und wovon das Reich ein Drittel zu tragen hat. Maßgebend für die Behauptung des heutigen Aufwandes ist daher die Beschaffung von Arbeit. **Leider sind wir hier nicht in dem Maße vom Fleck gekommen, wie es wünschenswert gewesen wäre.** Die von der nationalsozialistischen Seite propagierte Vertreibung der Frauen aus den Betrieben ist ebensowenig möglich wie die Schaffung eines organisierten Millionenheeres von Arbeitslosen, das im Arbeitsdienst Verwendung finden soll.

Der Ruf nach dem Systemwechsel kann höchstens bedeuten Inflation, Arbeitszwang, Streit um fremde Mächte, um Dinge, die wie die Reparationen auf dem Wege der Erledigung sind.

Die Nationalsozialisten haben nicht Politik, sondern Taktik gemacht. Wenn sie sich an einer einzigen Abstimmung in den letzten Tagen entscheidend beteiligt hätten, z. B. über Reparationen, Steuern, Zölle, dann hätten sie mit jeder Stellungnahme Hunderttausende ihrer betörten Wähler verloren. Sie sind jeder positiven Stellungnahme ausgewichen, weil sie das wissen. Wehe dem Volke, das dem Aberglauben erliegt, daß es nur auf die Regierung ankomme, und das vergißt, daß nur ein tüchtiges Volk, das selbst mitarbeitet, und einen Willen hat, vorwärts zu kommen, bestehen kann. Es ist ein Glücksumstand, daß das Bürgertum noch einmal in der Wahl Hindenburgs die Möglichkeit hat, über das Trennende in seinem Bestand hinwegzukommen, das Gemeinsame zu sehen, um den Kampf der Gruppen gegeneinander zu bekämpfen.

Hindenburg, unter dem wir gekämpft haben, ist das Symbol der deutschen Einheit. Als das deutsche Schiff 1918 unterzugehen drohte, blieb er auf der Kommandobrücke, die er auch jetzt nicht verlassen soll und verlassen will. Es ist Gefahr im Verzug für unser Volk und Vaterland; darum müssen wir hinwegsehen über alle Gegensätze, die Gefahren scharf erkennen, den Aberglauben an die Allmacht des Staates verwerfen und das Volk muß sich wieder auf sich selbst und die Kräfte besinnen, die in ihm ruhen. In dieser Auffassung muß die Wahl am 13. März verstanden werden; dann werden die Nationalsozialisten geschlagen werden und Hindenburg wird siegen.

Neue Erklärung des Kyffhäuserbundes.

)(Berlin. Der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser" teilt mit: Die am Tage der Präsidentschaftserklärung Hindenburgs veröffentlichte Kundgebung des 1. Präsidenten des Kyffhäuserbundes, General der Artillerie a. D. von Horn, ist durch den einsetzenden Parteikampf um machtpolitische Fragen in wesentlichen Punkten für agitatorische Zwecke ausgenutzt worden. Dies war vorauszusehen. Selbst aber auf die Gefahr hin, daß der über den Parteien stehende Kyffhäuserbund durch den Tageskampf um politische Meinungen in Mitleidenschaft gezogen werden würde, durfte die Bundesführung dieser größten Organisation altgedienter Soldaten in gerechtem Streben für das Wohl des Vaterlandes sich nicht davon abhalten lassen, die Gewissensfrage des Reichspräsidenten, der bekanntlich Ehrenpräsident des Kyffhäuserbundes ist, mit reinem soldatischen und vaterländischem Treuempfinden zu beantworten. Diese freie Antwort, nicht diktiert von Parteien, Ausschüssen oder politischen Machtschichten, steht für die Organisation unverrückbar fest. Dies hindert aber nicht, auch das besonders zu betonen, was aus Parteitaktik gern in der Oeffentlichkeit übersehen wird, daß nämlich die Kundgebung neben der Mahnung, dem Ehrenpräsidenten Vertrauen und Treue zu bewahren, **ausdrücklich festlegt, daß jedes einzelne Mitglied sich selbst bei der Reichspräsidentenwahl zu entscheiden hat.** Um hierüber nochmals Klarheit zu schaffen, heißt es in einer Bekanntmachung, die der Vorstand des Kyffhäuserbundes in der soeben erschienenen Nummer des Bundesblattes „Kyffhäuser" veröffentlicht:

„Aus dem Treugelöbnis die Schlußfolgerung für politische Gefolgschaft zu ziehen, ist dem einzelnen überlassen. Jeder einzelne hat, wie in der Kundgebung zur Reichspräsidentenfrage gesagt wurde, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Wahlaufruf des Deutschen Frauenausschusses.

)(Berlin. Der **Hindenburg-Ausschuß** teilt mit, daß sich ein **Deutscher Frauenausschuß,** Berlin SW. 11, Prinz Albert-Straße 9, gebildet hat, der mit folgendem **Aufruf** an die Oeffentlichkeit tritt:

Das deutsche Volk wählt am 13. März seinen Reichspräsidenten. Deutsche Frau! Deutsche Mutter! Wem willst Du dieses höchste Amt anvertrauen? Dem Manne, der deutsches Land im Osten vor dem Einbruch der Feinde rettete, dem Manne, der in der Zeit des Zusammenbruches treu und pflichtbewußt das alte Deutschland in den neuen Staat hinüberrettete, dem Manne, der sieben Jahre lang als Treuhänder des ganzen deutschen Volkes das Amt des Reichspräsidenten mit überlegener Einsicht, mit der Kraft eines stetigen Willens und mit verantwortungsbewußter Entschlußfähigkeit geführt hat, dem Manne, dessen Lauterkeit, Ritterlichkeit und tiefbegründetes Gottvertrauen als Vorbild vor jeder deutschen Seele steht, dem Manne, der sein ganzes Leben dem Wohle des Vaterlandes geweiht hat: Hindenburg! Ihm zollst Du Verehrung, ihm schenkst Du Vertrauen, ihm gib Deine Stimme.

Deutscher Frauenausschuß für die Hindenburg-Wahl.

(gez.) Dr. Anna Mayer, Minna Amann, Frau M. Bail, Frau Emily Brugger, Charlotte Baum, Maria Hellersberg, Frau Hoetzsch, Frau Anna Kapler, Clara Krause, Katharina Müller, Margarete Schuckert, Gräfin von der Schulenburg, Margarethe Wolff, Mathilde Wolff, Dr. Agnes von Zahn-Harnack.

Diesem Aufruf haben sich Frauen auch im ganzen Deutschen Reiche angeschlossen.

Zahlreiche politische Zwischenfälle.

)(Berlin. Zu der in 14 Tagen stattfindenden **Reichspräsidentenwahl** haben schon gestern die **verschiedenen politischen Parteien mit der Wahlpropaganda** begonnen. In erster Linie waren es die radikalen Parteien, die schon in den frühen Morgenstunden mit der Hof- und Straßenpropaganda begannen. Hierbei ist es dann in verschiedenen Stadtteilen zu **mehr oder minder schweren Zwischenfällen** gekommen. So gerieten Nationalsozialisten, Kommunisten und Reichsbannerleute in Pankow in eine Schlägerei, bei der 30 Personen von der Polizei zwangsgestellt wurden. In der Invalidenstraße mußte die Polizei bei einer Schlägerei zwischen den gleichen Gruppen mit dem Polizeiknüppel vorgehen. Hier wurden 27 Personen der Abteilung I zugeführt, während 5 Reichsbannerleute und ein Nationalsozialist der Rettungswache zugeleitet wurden. Zu einem Ueberfall von Nationalsozialisten auf Reichsbannerleute kam es mittags in der Seestraße, wobei von zwei verletzten Reichsbannerleuten einer ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Acht Nationalsozialisten, die in die Schlägerei verwickelt waren, mußten den Weg zum Alexanderplatz antreten. Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Reinickendorf-Ost nahm die Polizei 17 Sistierungen vor. Bei der Hofpropaganda wurde dann noch in der Gotenstraße ein Nationalsozialist von Kommunisten überfallen und durch Fußtritte am Kopf und Unterleib so schwer verletzt, daß die Polizei die Ueberführung ins Krankenhaus anordnen mußte. Bis zum Spätnachmittag waren insgesamt 120 Personen dem Polizeipräsidium zugeführt worden, von denen rund 50 nach Feststellung der Personalien wieder entlassen wurden.